

Es gilt das gesprochene Wort!

Pressesprecherin
Claudia Jacob

TOP 1, Aktuelle Stunde –
Universitätsrat Schleswig-Holstein

Landeshaus
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Dazu sagt der bildungspolitische Sprecher
der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen,
Karl-Martin Hentschel:

Durchwahl: 0431/988-1503
Zentrale: 0431/988-1500
Telefax: 0431/988-1501
Mobil: 0172/541 83 53
E-Mail: presse@gruene.ltsh.de
Internet: www.sh.gruene-fraktion.de

Nr. 161.06 / 23.03.06

Ein Knallbonbon, das platzen muss!

Zunächst zur Methode: Der Minister stellt eine Maximalforderung auf, die Fusion aller drei Universitäten. Dann gibt es heftige Proteste von allen Universitäten – das hätte ihn vermutlich nicht gestört. Aber es gab auch Proteste der Städte und vor allem von der Wirtschaft.

Also rudert der Minister zurück und kommt dann schließlich mit einem so genannten Kompromiss, der aber völlig anders aussieht.

Herr Austermann, so mag man Kompromisse finden. Aber zu tragfähigen durchdachten Lösungen kommt man so jedenfalls nicht.

Nun zur Sache: Das einzig sinnvolle an diesem Kompromiss ist in meinen Augen der gemeinsame Ausschuss für die beiden medizinischen Fakultäten, der diese dazu zwingt, in einem abgestimmten Prozess die von der Erikson-Kommission vorgeschlagenen und längst beschlossenen Reduzierungen der Studienplätze und Einsparungen durchzusetzen.

Der Universitätsrat dagegen ist ein missratenes Monstrum: Dieses seltsame Gremium hat Superkompetenzen vom Haushalt über alle strukturellen Grundsatzentscheidungen bis zur Wahl des Präsidenten.

Damit wird praktisch die gesamte Hochschuldemokratie überflüssig. Die Abschaffung des Konsistoriums ist dann auch nur konsequent. Warum es überhaupt noch einen Senat gibt, bleibt unklar.

1/2

Aber – und das ist jetzt das große Fragezeichen: Die Hochschulen haben das Vorschlagsrecht für dieses Gremium. Wenn sie das nutzen, dann schickt jede Universität zwei konsequente VertreterInnen ihrer Interessen und ihres Standortes. Dann wird es erst recht keine standortübergreifende Planung, sondern eine gegenseitige Blockade geben.

Eine Abstimmung von unterschiedlichen Interessen innerhalb der Hochschule wird aber so in jedem Fall unmöglich. Wer hat dann noch Interesse daran, sich in der Hochschulselbstverwaltung zu engagieren.

Die Hauptleidtragenden sind aber die StudentInnen. Im Senat wird die Drittelparität gekippt und die absolute Mehrheit der Ordinarien wieder hergestellt – und im Universitätsbeirat sind die StudentInnen erst gar nicht mehr vertreten.

Nur der Vollständigkeit sei erwähnt, dass dies natürlich auch für die wissenschaftlichen und nichtwissenschaftlichen Angestellten gilt.

Damit ist angelegt, dass der Konsens der letzten Jahre durch einen permanenten Kampf um die Ressourcen auf mehr Fronten ersetzt wird – einen Kampf zwischen den Hochschulen, innerhalb der Hochschulen und zwischen den Unis und dem Rat.

Und schließlich zu einem Kampf der StudentInnen und der Beschäftigten gegen die ProfessorInnen und den Universitätsrat, in dem sie nicht vertreten sind.

Sie schaffen also ein Gremium, bei dem nicht klar ist, wessen Interessen es vertritt – des Ministers, der Universitäten oder der Standorte, das aber mit Kompetenzen so überfrachtet ist, dass alle anderen Gremien bedeutungslos werden, es sein denn als Kampfveranstaltungen gegen den Rat.

Ich kann nur hoffen, Herr Minister, dass auch dieses Modell nur ein Testballon ist, der nun in den nächsten Monaten in den Regierungsfractionen und im Ausschuss zerpfückt werden kann.

Und dann kommen sie im Herbst wieder wie der deus ex machina mit einem völlig neuen Modell heraus und sagen: April, April, das war ja alles nicht Ernst gemeint. Sie hätten jetzt wieder was ganz neues Tolles.

Wir lernen: Regieren a la Austermann ist die Kunst, Knallbonbons zu bereiten und zu beobachten, wann einer hoch geht, um dann mit schelmischem Grinsen den nächsten Bonbon auf den Tisch zu legen.

Mag sein, dass das eine Zeitlang die Presse unterhält. Mit konstruktiver Lösungsfindung und nachhaltiger Hochschulentwicklung hat das alles nichts zu tun.
